

NEWSLETTER 31. Januar 2011

Liebe Freundinnen und Freunde!

In diesem Newsletter findet Ihr Informationen

- zur Enquete-Kommission und
- zur namentlichen Abstimmung im Bundestag bezüglich der Verlängerung des Afghanistan-Mandats
- sowie die Einladung zu meinem Stammtisch.

Enquete

Am 17. Januar tagte die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft".

Gemeinsam mit Kerstin Andreae bin ich für die GRÜNE Fraktion Mitglied in der Enquete-Kommission:

Die Enquete soll die gesellschaftliche Debatte bündeln und voran treiben:

Wie können ein gewisser Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Demokratie vereinbart werden mit den Grenzen eines endlichen Planeten? Wachstum und Ressourcendurchfluss durch unsere Ökonomien müssen weitgehend entkoppelt werden. Die Zeit drängt.

Wir wollen deshalb in der Kommission konkrete Ergebnisse verhandeln und nicht erbauliche Vorträge anhören. Deshalb muss sich die Kommission genügend Zeit und Raum für Diskussionen geben.

Wir brauchen handfeste Vorschläge für die kommende Wahlperiode. Es geht um einen Instrumentenkasten für den nachhaltigen Umbau der Gesellschaft, um Leitplanken für die Wirtschaft.

Dieses Zukunftsthema müssen die Fraktionen im Bundestag miteinander und nicht gegeneinander diskutieren.

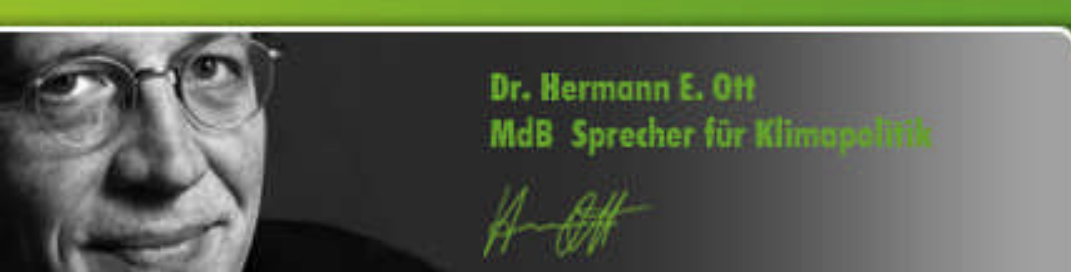
Die Wachstumsdebatte läuft international. So hat der französische Präsident Sarkozy die Stiglitz-Sen-Kommission für neue Wachstums-Indikatoren einberufen. Wir müssen nicht nur die Geschwindigkeit, sondern auch Verbrauch und Drehzahl messen. Schon unser heutiges Wirtschaftssystem lebt ökologisch gesehen auf Pump.

Im vergangenen Jahr lag der Tag, an dem der weltweite Ressourcenverbrauch die Fähigkeit des Planeten zu ihrer Regeneration überstieg (Earth Overshoot Day) am 21. August. Vor 20 Jahren war dieser Tag noch am 7. Dezember. Ein weiter so kann es deshalb nicht geben, mit dieser Wirtschaftsweise zerstören wir unsere Wachstumschancen von morgen.

Deutschland muss als führendes Industrie- und Exportland eine Vorreiterrolle spielen. Denn in der weitgehenden Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch liegen enorme wirtschaftliche Herausforderungen und Chancen. 2050 werden neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Sie alle wollen Wohnung, Nahrung und Mobilität. Darauf müssen wir Antworten finden. Die alte Gleichung, dass Wachstum gleich Wohlstand und Arbeitsplätze ist, funktioniert nicht mehr. Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme des 21. Jahrhundert müssen deshalb viel unabhängiger - vielleicht komplett unabhängig - vom Wachstum ausgestaltet werden.

→ Wer die erste Sitzung sehen und hören möchte (ein langer Link aber oho!):

<http://www.bundestag.de/bundestag/parlamentsfernsehen/index.jsp?categorie=Ausschusssitzungen&action=search&contentArea=details&offsetStart=0&offsetLength=6&id=33092384&instance=m187&destination=search>



Afghanistan-ISAF-Mandat

Am 28. Januar stand die Verlängerung des ISAF-Mandats auf der Tagesordnung des Bundestages.

Gemeinsam mit Hans-Christian Ströbele, Lisa Paus, Monika Lazar, Winfried Hermann, Mehmet Kilic und Uwe Kekeritz habe ich eine Persönliche Erklärung abgegeben:

Stopp der gezielten Tötungen und der offensiven Kampfhandlungen –
Her mit dem Strategiewechsel und Waffenstillstand!

Wir lehnen eine erneute Verlängerung des ISAF-Mandats der Bundeswehr ab.

Vor einem Jahr weigerte sich die Bundesregierung, in Afghanistan von "Kriegseinsätzen" der Bundeswehr zu sprechen. Inzwischen reden alle von "Krieg", sogar die Kanzlerin. Das ehemals defensive ISAF-Mandat für den Schutz der Regierung und Verwaltung in Kabul und mit dem Auftrag, Waffen nur einzusetzen zum Schutz der Bevölkerung oder zum Eigenschutz in der konkreten Situation, ist von NATO und Bundesregierung pervertiert worden in ein Mandat zum Krieg.

Ein Krieg mit immer mehr Soldaten und mit immer mehr Opfern. Unter diesem Mandat wurden im letzten Jahr mehr Menschen getötet und verletzt als jemals zuvor unter dem Kampfmandat enduring freedom. Über 10.000 Zivilisten, Polizisten, Staatsangestellte, Soldaten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen haben ihr Leben verloren.

Die Zahl der NATO-Soldaten wurde um mehr als 30 Prozent auf ca. 140.000 erhöht, die der deutschen auf 5.350 aufgestockt. Die neue Strategie heißt "partnering": Unter dieser Tarnbezeichnung zieht die NATO Seit an Seit mit Afghanen in Kampfeinsätze, zuweilen auch ohne diese. Großoffensiven in Helmand sowie im Norden, wo die Bundeswehr die Verantwortung trägt, dauern an und sind für Kandahar weiter geplant.

Die US-Streitkräfte verstärken den Offensivkrieg im Rahmen der "Counter Insurgency" durch extralegale Hinrichtungen in nie gekanntem Ausmaß. Hunderte von Zielpersonen werden Opfer von Kommandooperationen. Immer mehr unbemannte Drohnen werden in Afghanistan und im angrenzenden Pakistan eingesetzt. Die USA verweigern jede nähere Auskunft zu diesen Operationen. Aber nach Medienberichten soll nur etwa ein Drittel der Getöteten zu den Aufständischen gehört haben.

Laut der New York Times gab es 2010 sechsmal mehr solcher Kommando-Operationen. Auch die Bundeswehr unterstützt dies, indem sie Zielpersonen für die Targeting-Listen von ISAF bzw. NATO benennt und nimmt so billigend in Kauf, dass die Gelisteten Opfer von extralegalen Tötungen werden.

Diese Geheimoperationen schüren zusätzlich Hass und Rachegefühle unter der afghanischen Bevölkerung. Sie treiben den Aufständischen immer mehr Kämpfer zu. Sie verhindern Verhandlungslösungen, denn wie soll mit denen verhandelt werden, die von Drohnen gejagt und getötet werden?



Die Bundesregierung stellt zwar eine Verbesserung der Sicherheitslage fest und gibt sich zuversichtlich. Stattdessen wird die militärische Lage jedes Jahr dramatisch schlechter. So werden trotz Großoffensiven aus der Provinz Helmand ein Jahr später schwerste Verluste der NATO gemeldet. Im letzten Monat starben 25 alliierte Soldaten, meist aus den USA. Der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan von 2008 bis 2010, Kai Eide, stellte fest, dass aus der "clear - hold - build"-Strategie eine "clear and again clear"-Übung geworden ist. Das heißt: Die Regionen werden nicht gehalten oder gar aufgebaut, sondern immer wieder gesäubert. In Marja wurde im Februar 2010 eine NATO-Offensive gestartet, die in drei Monaten erfolgreich beendet werden sollte. Heute steht fest, sie ist gescheitert.

Die deutschen Soldaten können die befestigten Militärlager nur in gepanzerten Wagen und in Konvois für Kampfeinsätze oder Patrouillenfahrten verlassen. Das Ansehen der Deutschen in Afghanistan sinkt rapide, und auch die Bundeswehr wird immer mehr als Besatzer wahrgenommen. Deutsche Hilfsorganisationen meiden deshalb die Nähe zum Militär. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen die sicheren Orte möglichst nur noch in besonders gesicherten Fahrzeugen.

Weiter werden 90 Prozent des Opiums in Afghanistan angebaut, ein immer größerer Teil davon schon im Land zu Heroin "veredelt" und exportiert. Afghanistan ist auch zum größten Exporteur von Cannabis geworden. So sichern sich Warlords und ehemalige Kriegsfürsten ihre Macht und tragen zur weiteren Destabilisierung des Landes bei.

Die Fortsetzung des Krieges ein, vier oder mehr Jahre ist unverantwortlich. Es spricht nichts für die Zuversicht der Bundesregierung, dass die Sicherheitslage nächstes Jahr besser und in vier Jahren gut ist. Es spricht vieles dagegen, vor allem die Erfahrung der Verschlechterung der letzten Jahre. Jedes weitere Jahr Krieg kann weiteren zehntausend Mensch das Leben kosten.

Und was ist, wenn auch in vier Jahren die Sicherheitslage den Abzug nicht zulässt? Dann sind aber Zehntausende zusätzlich getötet und verletzt worden.

Wir fordern von der Bundesregierung einen wirklichen Strategiewechsel. Dazu muss die Bundeswehr unverzüglich alle militärischen Offensivoperationen und die Beteiligung an Kommandounternehmen stoppen. Sie muss sich auf Notwehr und Nothilfe beschränken. Die Bundesregierung muss zunächst die afghanische Regierung zu Waffenstillstandsvereinbarungen mit allen Aufständischen bewegen, die dazu bereit sind. Solche gab es immer wieder örtlich und regional. Auch die nationale Friedens-Jirga hatte sich bereits im Jahr 2009 bereit erklärt, die Gespräche mit Kommandeuren der Aufständischen in der Provinz Kunduz jederzeit wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen zwischen der Regionalverwaltung und den Aufständischen muss unter Beteiligung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft über die Zukunft dieser Region und des gesamten Landes geführt werden. Ziel sind Vereinbarungen zur Einhaltung der Menschenrechte und der afghanischen Verfassung, zu verstärkten Aufbauhilfen sowie zum raschen Abzug der Bundeswehr. Alle Finanzmittel, die durch die Einstellung der militärischen Operationen und Reduzierung des Militärs frei werden, werden der Bevölkerung bzw. dort aktiven Nichtregierungsorganisationen (NRO) unter internationaler Aufsicht für den Aufbau zur Verfügung gestellt.



Dr. Hermann E. Ott
MdB Sprecher für Klimapolitik



Gleichzeitig muss sich die Bundesregierung bei den NATO-Partnern und in der UNO dafür einsetzen, dass alle militärischen Offensivoperationen, insbesondere die Drohnenangriffe, in Afghanistan sofort eingestellt und Waffenstillstandsvereinbarungen überall regional, in Provinzen und möglichst landesweit mit den Aufständischen und unter Beteiligung der Bevölkerung sowie der Nachbarstaaten für einen raschen Abzug des Militärs getroffen werden. Der von uns geforderte wirkliche Strategiewechsel sowie Bemühungen um ein Ende der Gewalteskalation sind nicht erkennbar.

Immer weiter Krieg zu führen macht keinen Sinn. Deutschland und die NATO müssen wenigstens versuchen, neue Wege zu gehen, da die bisherigen in die Irre geführt haben.

Die Bundeswehr darf keine Unterstützung für gezielte Tötungen und offensive Aufstandsbekämpfung leisten. Das gilt für Afghanistan genauso wie für Pakistan. Die Bundesregierung muss sich für Deeskalation und Waffenstillstände einsetzen, um den Krieg unverzüglich zu beenden.

Stammtisch

Zum Schluss noch die Einladung zu meinem nächsten Stammtisch:

am 17. Februar 2011 um 19.30 Uhr im Caribe, Wülfrather Str./Ecke Brunnenstr. (www.caribe-wuppertal.de)

Ich freue mich, Euch wiederzusehen!

Es grüßt

Euer Hermann